

Potsdam, den 28. September 2023

Presse – Handout: „Zukunftskonferenz Justiz“

Heinrich-Mann-Allee 107
14473 Potsdam

Pressesprecher: Horst Fischer
Telefon: (0331) 8 66 - 30 04
Telefax: (0331) 8 66 - 30 83
E-Mail: Presse@mdj.brandenburg.de
Internet: www.mdj.brandenburg.de

Demographischer Wandel, verschärfter Wettbewerb um Nachwuchskräfte und digitale Transformation in allen Gesellschaftsbereichen stellen die Justiz des Landes Brandenburg vor die Aufgabe, durch organisatorische und strukturelle Maßnahmen auch künftig als attraktiver, moderner und bürgernaher Arbeitgeber wahrgenommen zu werden. Zur Entwicklung von Lösungen für die Bewältigung dieser Herausforderung hat das Ministerium die „Zukunftskonferenz Justiz“ initiiert, die nach zwei Jahren nunmehr erfolgreich abgeschlossen wurde.



Am 28. September 2023 wurde der Abschlussbericht der „Zukunftskonferenz Justiz“ der Öffentlichkeit vorgestellt. Fünf Arbeitsgruppen aus insgesamt 60 laubahn-, gerichtsbareits- und behördenübergreifenden Mitgliedern der Justiz, Berufsverbänden und Gewerkschaften präsentierten ihre in regelmäßigen Tagungen erarbeiteten Reformvorschläge. Das vielfältige Spektrum an Erfahrungen, Perspektiven und Positionen förderte gegenseitiges Verständnis für die Bedürfnisse der Berufsgruppen und stärkte das Gemeinschaftsgefühl innerhalb der Justiz. In den einstimmig verabschiedeten Vorschlägen der Arbeitsgruppen kommen die Interessen aller Akteurinnen und Akteure der Brandenburger Justiz im Sinne einer zukunftsfähigen, leistungsstarken und bürgernahen Justiz paritätisch zum Ausdruck.

Von Beginn an hat das Ministerium der Justiz die Wirksamkeit und Umsetzbarkeit der in den Arbeitsgruppen entwickelten Maßnahmen im Hinblick auf rechtliche und organisatorische Aspekte, Finanzierungs- und Ressourcenbedarfe und die erforderlichen Handlungsformen analysiert und mit der **Umsetzung der Vorschläge – bereits konferenzbegleitend –** begonnen.

Ein wesentliches Ergebnis der Zukunftskonferenz ist die Erstellung eines modernen geschäfts- und laufbahnübergreifenden **Personalentwicklungskonzepts für die Brandenburger Justiz (PEK)** durch das Ministerium. Darin werden zahlreiche Vorschläge der Arbeitsgemeinschaften, wie etwa zur **Vereinbarkeit von Familie und Karriere**, einfließen und Instrumente für die Personalentwicklung verbindlich festgelegt. Zudem werden Anregungen der Arbeitsgruppen, den Wechsel von Richtern und Staatsanwälten zwischen den Gerichten und Staatsanwaltschaften zu ermöglichen, ihnen Wege zur Vernetzung zu eröffnen und Abordnungs- und Verplanungsmöglichkeiten zu erweitern, integraler Bestandteil des PEK. Mit dem Inkrafttreten einer neuen Beurteilungsverordnung im April 2023 hat das Ministerium bereits Schritte zur Förderung der **Kultur des Wechsels und der Durchlässigkeit** ergriffen.

Vor dem Hintergrund eines „Arbeitsmarktes der Chancen“ standen bei den Arbeitsgemeinschaften Maßnahmen zur **Personalgewinnung und Personalbindung** besonders im Fokus. Durch den Ausbau der Schülerpraktika und des Rechtskundeunterrichts besteht die Möglichkeit, Interessierte frühzeitig für die Justiz zu begeistern. Zudem können mit dem Projekt **„wissenschaftliche Mitarbeit in der Justiz“** überdurchschnittlich leistungsstarke Referendarinnen und Referendare mit dem Ziel einer frühzeitigen Bindung angesprochen und für eine wissenschaftliche Nebentätigkeit in der Justiz gewonnen werden. Seit dem 1. Juni 2023 wurden bereits acht wissenschaftliche Mitarbeiter eingestellt.

In Umsetzung der Reformvorschläge konzipiert und bündelt das Ministerium die **Öffentlichkeitsarbeit zur Personalgewinnung**. Ziel ist es, durch professionelle Werbestrategien die sinnstiftende Tätigkeit der vielfältigen Berufsfelder der Justiz vereinheitlicht im Sinne der **„Justizfamilie“** sichtbar zu machen, nachhaltiges Interesse zu wecken und Bewerbungen geeigneter Nachwuchskräfte zu generieren.

Die Arbeitsgruppen haben sich ebenso intensiv mit der **Sicherung der Zukunft des mittleren Dienstes** auseinandergesetzt. Einer der bereits erreichten Meilensteine

ist die Einführung der Beamtenausbildung im mittleren Justizdienst, die sich durch eine Verkürzung der Ausbildungszeit mittels Fokussierung auf justizspezifische Ausbildungsinhalte und eine Regionalisierung der fachpraktischen Ausbildung auszeichnet. Der erste Ausbildungslehrgang hat bereits am 1. September 2023 an der Justizakademie in Königs Wusterhausen begonnen.

Die Arbeitsgruppen hatten auch **effizientere Arbeitsstrukturen** im Blick. Vorschläge der Konferenzteilnehmer zu Zuständigkeitskonzentrationen, beispielsweise für audiovisuelle Vernehmungen im Strafverfahren (§ 58a Strafprozessordnung) und den gerichtlichen Bereitschaftsdienst, oder die fachliche Unterstützung der Gerichte durch Wirtschaftsreferenten oder der Einsatz von Organisationsberatern bei allen Gerichten und Staatsanwaltschaften wurden bereits realisiert oder pilotiert.

Für mehr **Bürgernähe** in der Justiz soll ein Online-Terminbuchungssystem eingeführt werden. Auch soll für gerichtsferne Regionen eine Ausweitung der Gerichtstage geprüft werden.

Weitere Informationen zum Ablauf der Zukunftskonferenz und dem Abschlussbericht finden Sie auf der Homepage des MdJ unter <https://mdj.brandenburg.de/mdj/de/themen/zukunftskonferenz-justiz/> und unter dem folgenden QR Code.

